



Evangelische Volkspartei
Kanton Solothurn



André Wyss
Kantonsrat Solothurn

Sessionsbericht 12./13./20. Dezember 2023

Wie immer im Dezember nimmt das «Geld» viel Raum ein. Neben dem neuen Budget geht es auch um die Festlegung des Prämienverbilligungsbeitrages.

Die **Prämienverbilligung** soll Personen helfen, welche aus finanziellen Gründen und wegen den hohen Krankenkassenprämien nicht in der Lage sind, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Wie gross dieser Unterstützungsbeitrag vom Kanton sein soll, wird jedes Jahr neu festgelegt. Für den Beitrag für 2024 lagen am Schluss vier Anträge auf dem Tisch: Einen mit einem Beitrag von 85 Mio. Franken (Regierungsrat), 87 Mio. (Mitte/EVP), 90 Mio. (SOGEKO) und 95 Mio. (SP/Grüne). Aus finanztechnischen Überlegungen werde die SVP auf keinen Fall einem höheren Antrag als jenem des Regierungsrates zustimmen, sagte deren Fraktionssprecher eindringlich. Gefühlte fünf Minuten später unterstützte SVP/FDP den SP/Grüne-Antrag – mit dem Ziel, unseren vernünftigen Antrag einer moderaten und gut begründeten Erhöhung aus dem Rennen zu nehmen. So war bei der Schlussausmarchung zwischen Antrag Regierungsrat und Antrag SP/Grüne der Weg frei für eine Mehrheit des Regierungsratsantrages. Politisch-taktisch konnte die SVP/FDP damit einen Erfolg verbuchen, an Vertrauenswürdigkeit hat sie so aber nicht gewonnen.

Fast schon traditionell lehnt die SVP das **Budget** ab, ist damit aber jeweils alleine. Zugegeben sieht das Budget 2024 mit einem Defizit von über 112 Mio. Franken nicht schön aus. Ein Grund dafür ist, dass auch für 2024 – und somit zum zweiten Mal in Folge – keine Ausschüttung von der Nationalbank erwartet werden kann. Im Schnitt über die letzten Jahre betrug dieser Beitrag ca. 50 Mio. Franken, womit fast die Hälfte vom Defizit erklärt ist. Zudem sind die Budgets erfahrungsgemäss und tendenziell pessimistischer als es der Abschluss schlussendlich sein dürfte. Auch hat der Kanton ein Eigenkapital von rund 600 Mio. Franken. Fazit: Das Budget ist unschön und es wird wichtig sein, in den kommenden Monaten und Jahren die Entwicklung genau zu verfolgen, Panik ist aber fehl am Platz.

Ein weiterer Schwerpunkt war die sogenannte «**1:85-Initiative**», über welche das Stimmvolk im kommenden Frühjahr wird abstimmen können. Die Initiative von der FDP verlangt, dass die Anzahl der Angestellten des Kantons das Verhältnis von einem Vollzeitmitarbeiter auf 85 Einwohner nicht überschreitet. Im Falle einer Überschreitung hat der Regierungsrat den gesetzmässigen Zustand innert zweier Jahre wieder herzustellen, sprich Angestellte müssten entlassen werden. Auch wenn es im Interesse von uns Steuerzahlern ist, dass der Kanton möglichst schlank und effizient agiert, so macht es keinen Sinn, die Anzahl der Staatsangestellten an einen Faktor (Einwohnerzahl) zu knüpfen, der nur bedingt einen direkten Zusammenhang hat. Die Anzahl Angestellten, die nötig ist, ist primär eine Folge der Aufgaben, die wir vom Staat verlangen. Der einfachste Weg, mit weniger Personal auszukommen, ist daher, dem Staat weniger Aufgaben zu übertragen – wobei es dabei bekanntlich viele unterschiedliche Ansichten gibt, welche Aufgaben nötig bzw. sinnvoll sind und welche nicht. Die Debatte wurde sehr kontrovers geführt und es war absehbar, dass es ein sehr knappes Resultat geben wird. Daher war auch mitentscheidend, welche Personen (z.B. krankheitshalber) abwesend sein werden. Am Schluss half es der FDP aber auch nicht, dass Neo-Nationalrat Simon Michel extra für diese Abstimmung auf die Session in Bern verzichtet hat. Der Kantonsrat lehnte die Initiative mit 45:43 ab.

In Kürze

Gewählt wurde das neue Präsidium für nächstes Jahr: Kantonsratspräsident wird Marco Lupi (FDP), 1. Vizepräsident Roberto Conti (SVP), 2. Vizepräsidentin Myriam Frey Schär (Grüne).

Die nächste Session findet am 30./31. Januar 2024 statt.

www.evp-so.ch | www.andrewyss.ch

Persönlich

Fraktionssprecher war ich bei den «**Prämienverbilligungen**». Wir, die Fraktion Mitte/EVP, haben einen aus unserer Sicht gut begründeten und kompromissfähigen Antrag gestellt, um die beiden Ziele – tiefere Ausgaben einerseits und höhere Unterstützung für Betroffene andererseits – unter einen Hut zu bringen. FDP/SVP wehrten sich aber erfolgreich gegen eine zusätzliche Unterstützung.

Ein Einzelvotum hielt ich zur Budgetposition «**Polizei**». In den vergangenen Monaten hatte ich das Thema «organisierte Kriminalität» verschiedentlich lanciert. Ohne die nötigen Ressourcen ist es für die Polizei aber nicht möglich, diese Delikte gezielt und erfolgreich zu bekämpfen. Die Budget-Aufstockung wurde mehrheitlich unterstützt.

Ein Einzelvotum hatte ich bei der **1:85-Initiative**.

André Wyss